

Jahresheft 2021



S. 3

Vorwort von
Dr. Andreas
Bachmeier

S. 4

Zum Leitbild des
Peutinger-Collegiums

S. 5

Veranstaltungen
des Jahres 2021

S. 24

Ausblick:
Veranstaltungen
des Jahres 2022

Inhalt

2

- | | | | |
|---|---|----|--|
| 3 | Vorwort des Präsidenten | 12 | Prof. Dr. Gunther Friedl
Wie Universitäten die Gesellschaft
voranbringen |
| 4 | Dr. Julian Traut
Zum Leitbild des Peutingen-
Collegiums | 15 | Prof. Dr. Rafaela Kraus
Publicpreneurship – wie kann der
Staat unternehmerisch werden |
| 5 | Prof. Dr. Stephan Bierling
Von Trump zu Biden: Wird jetzt alles
wieder gut? | 17 | Ilka Horstmeier
Kein Premium ohne Verantwortung.
Warum nur nachhaltige Mobilität
eine Zukunft hat |
| 7 | Staatsminister Georg Eisenreich
Große Internetkonzerne – Eine
Herausforderung für den demokrati-
schen Rechtsstaat | 21 | Dr. Christoph Heusgen
Die Krise des Multilateralismus |
| 9 | Gábor Tordai-Lejkó
Ungarns Beziehungen zu Bayern,
Deutschland und der EU – aktuelle
Herausforderungen | 22 | Phillipa Sigl-Glöckner
Staatsverschuldung: Gefahr oder
Chance |

Vorwort des Präsidenten



Liebe Peutingerinnen, liebe Peutinger,

das Jahr 2021 hat Veränderungen und Herausforderungen aber auch Einsichten und Erkenntnisse hervorgebracht. Ich habe das Amt des Peutinger-Präsidenten im Februar übernommen, in einer Zeit, die mehr Fragen stellt, als sie Antworten gibt.

Wir haben uns diesen Herausforderungen gestellt und unser Peutinger-Programm 2021 ohne Ausfälle umsetzen können, wenn auch über weite Strecken nur virtuell. Wir haben die Zeit genutzt, um uns einigen grundsätzlichen Fragen zu stellen, die die Zukunft unserer Gemeinschaft im Sinne Konrad Peutingers betreffen. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden nun sichtbar: Mit den zusätzlichen virtuellen Formaten PEUTINGER DIGITAL, mit einer anspruchsvollen Veranstaltungsplanung 2022, die Perspektiven aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Sport vereinigt, sowie der Entwicklung eines Leitbilds für das Peutinger Collegium, das, erstmals im Convent 2021 vorgestellt, sich nun auch in diesem Heft wiederfindet.

Die Erkenntnisse dieses Jahres motivieren uns aber auch dafür, die Gemeinschaft, den Austausch und das Wohlwollen innerhalb unseres Collegiums umso mehr zu schätzen. Wir haben in der Pandemie gelernt, was alles digital möglich ist – ich meine, wir haben aber auch gelernt, was nicht möglich ist: der persönliche Austausch, das Gesellige, die Zufälligkeit in der Begegnung und im Gespräch.

Sinnstiftung und Orientierung sind in diesen Tagen mehr gefragt denn je. Das Peutinger Collegium soll ein Ort der Orientierung sein, der einen Austausch mit Menschen bietet, die sich um mehr Gedanken machen als ihr persönliches Wohlergehen. Wir pflegen das Sinnstiftende unserer Wertegemeinschaft, einer Idee, wie sie in den nächsten Jahren für alle an Bedeutung gewinnen wird. Deshalb stellen wir einen klaren Bezug zu Konrad Peutinger und seinen Idealen her.

Wir sind gefordert, sie zu entwickeln und immer wieder ins Neue, ins Heute zu übersetzen. Die Diskussion über grundsätzliche gesellschaftliche Fragen ist in unserer Zeit ein seltenes Momentum geworden, das wir als Peutinger bewahren wollen. Lesen Sie davon in dieser Ausgabe des Peutinger Jahreshefts, einem Rück- und Ausblick aus dem und für das Collegium.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre und freue mich auf das nächste Wiedersehen.

Ihr Präsident
Dr. Andreas Bachmeier

A handwritten signature in blue ink that reads "Andreas Bachmeier". The signature is written in a cursive style.

„Vision aus Tradition – Konrad Peutinger 1465 bis 2030“

Zum Leitbild des Peutinger-Collegiums

In einer von mannigfaltigen Unsicherheiten sowie von enormen sozio-kulturellen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen geprägten Zeit wie der heutigen lohnt es manchmal, einen Moment innezuhalten und zurückzublicken. Und das nicht nur im Advent.

Dabei soll es jedoch nicht um eine historische Rückschau als sich genügende Selbstvergewisserung gehen – ganz im Gegenteil: Der Blick zurück ermöglicht vielmehr Individuen wie auch Institutionen, sich der Herkunft und zugleich den Triebfedern der eigenen Existenz gewahr zu werden und so auf diesem Fundament aufbauend, gestalterisch und aktiv den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu begegnen. Ganz nach der zugeschriebenen Sentenz von Konrad Peutingers Zeitgenossen und Freund Thomas Morus (1478 – 1535): „Tradition ist nicht das Halten der Asche, sondern das Weitergeben der Flamme.“

Nicht viele Institutionen und Vereinigungen können dabei auf eine so leuchtende und auch über die Jahrhunderte noch lodernde Flamme zurückgreifen, wie unser Collegium: Das ideelle Erbe unseres Namenspatrons Konrad Peutinger (1465 – 1547).



Dr. Julian Traut

Diesem gedanklichen Vermächtnis habe ich mich in den vergangenen Monaten im Auftrag des Präsidiums angenähert* und dabei versucht, in harmonischer Vereinigung meiner Profession als Historiker und Referent in der obersten Staatsverwaltung, gute 1.200 Seiten Forschungsliteratur auf eine Seite zu extrahieren.

Ziel war es, in wenigen Schlagworten ein Leitbild zu formulieren, das als inhaltliche Grundlage für das Veranstaltungsprogramm und als ideeller Kompass dienen kann. Ein Leitbild, das gleichzeitig für Konrad Peutinger vor 550 Jahren sowie heute für unser Peutinger Collegium gilt: Vision aus Tradition.

4

Politik & Wirtschaft

- politischer Berater und Vermittler zwischen den Mächten
- Bewahrer der Rechts- und Staatsordnung
- engagierter Vertreter der freien Marktwirtschaft und des freien Welthandels

Kultur & Weltoffenheit

- gelebter Humanismus als Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart
- Mäzenatentum, Unterstützung von Kunst und Kultur sowie Förderung der Wissenschaften
- Europa als politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft

Allgemeinwohl & Soziale Verantwortung

- breite Kontaktpflege und Austausch mit den Größen der Zeit
- Bedeutung von christlicher Toleranz und Nächstenliebe im täglichen Leben
- Förderung von Diversität

Vertrauen & Nachhaltigkeit

- tiefe Verbundenheit mit Heimat, Sprache, Kultur und Natur
- Recht und Geschichte als Grundlage für ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches gemeinschaftsförderndes Handeln
- engagierte Bewahrung von Schöpfung und Kulturgut

* Mein großer Dank gilt Ehrenpräsident Dr. Marcus D. Ernst für den wertvollen fachlichen Austausch sowie die freundliche Zurverfügungstellung von Literatur.

„Von Trump zu Biden: Wird jetzt alles wieder gut?“

Vortrag von Prof. Dr. Stephan Bierling, Leiter der Professur für internationale Politik und transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg, Online-Vortrag am 19. Januar 2021 gesendet aus dem Westin Grand



Prof. Dr. Stephan Bierling

Prof. Dr. Bierling ist seit Mai 2000 ist er Professor für Internationale Politik und Transatlantische Beziehungen an der Universität Regensburg. Zuvor lehrte an der LMU München und der Universität Erlangen-Nürnberg. Außerdem schaut er auf Gastprofessuren in der ganzen Welt zurück: Südafrika, Israel, USA und Australien. Bierling studierte Politikwissenschaften und Geschichte an der LMU, wo er 1992 promovierte und 1996 habilitierte. Über seine gesamte akademische Karriere veröffentlichte Bierling zwölf Monografien und mehr als 50 Aufsätze; im vergangenen Jahr erschien sein Spiegel-Bestseller „America First. Donald Trump im weißen Haus. Eine Bilanz.“

Prof. Dr. Bierling verlor am Beginn seines Vortrages keine Zeit mit Vorstellungen oder ausschweifenden Einführungen, sondern stieg rasant in das eigentliche Thema ein: Donald Trump und das Durcheinander der vergangenen vier Jahre. Die Liste der Kontroversen seiner Amtszeit ist lang und wurde den Teilnehmern des Vortrages von Bierling akribisch in Erinnerung gerufen. Der Schulterchluss mit dem nordkoreanischen Diktator, das endlose Anheuern und Feuern von Beratern mit zweifelhaftem Ruf, unzählige Tweets mit Tabubrüchen und jenseits staatsmännischer Contenance, das Lügen als salonfähiges politisches Instrument, das Anstiften eines rechtsradikalen Mobs in

Charleston oder die Negation von Covid-19. Die Anschuldigungen der Wahlfälschung, der Sturm auf das Kapitol und ein zweites Impeachment-Verfahren innerhalb einer Amtszeit sind natürlich nur die neusten Verwerfungen rund um den scheidenden US-Präsidenten, betonte Bierling.

In diesem hochexplosiven Umfeld glich die Wahl von Joe Biden einem Befreiungsschlag, vor allem für die kränkelnde Demokratie in den USA. Bierling führte aus, dass die Wahl des Republikaners dem Land und dessen politischen Institutionen einen „weiteren vierjährigen Härtetest“ erspart hat. Allerdings bekräftigte er gleichzeitig, dass die amerikanische Politik vor einer Reihe großer Herausforderungen steht. Bierling formulierte als Kern seines Vortrages gleich fünf davon:

Die Wiedereinführung von Kompetenz und Anstand in der amerikanischen Gesellschaft. Hier hob Bierling vor allem die Biografien der beiden Kandidaten Joe Biden und Kamala Harris als prädestiniert hervor, um dieses Problem in der kommenden Amtszeit anzugehen.

Biden sei zwar alt, aber durch seine lange politische Karriere erfahren genug, um die nötigen Kompromisse schmieden zu können. Nach 36 Jahren im Senat kennt er sich nicht nur in der politischen Landschaft aus, sondern wird auch über die Parteigrenzen hinweg respektiert. Darüber hinaus – und das war Bierling besonders wichtig – hat Biden einen großen Vorteil gegenüber Trump: Er ist empathisch. Diese Empathie rührt aus den persönlichen Krisen des neuen US-Präsidenten. Bierling gab einen kurzen Überblick über die verschiedenen Stationen von Bidens Leben, die ihn geprägt haben. Biden entstammt der Mittelklasse und ist Katholik. Im Jahr 1972 kamen seine Frau und Tochter bei

einem schweren Autounfall ums Leben, die beiden Söhne überlebten schwerverletzt. Sein Sohn Beau erlag im Jahr 2015 einem Gehirntumor. Gerade diese Ereignisse haben dazu geführt, dass Biden sich viel deutlicher als sein Amtsvorgänger, der auf eine absolut andere Vita zurückschaut, mit dem Großteil des amerikanischen Volkes identifizieren kann.

Gleichzeitig ist seine Mitstreiterin Harris eine Erfolgsgeschichte amerikanischer Einwanderung. Ihre Eltern stammen ursprünglich aus Jamaika und Sri Lanka. Beiden wollten ihrer Tochter die bestmögliche Ausbildung ermöglichen und haben damit Harris den Weg in die höchsten Ämter des Landes bereitet.

Gestärkt wird das Duo laut Bierling durch ein überaus erfahrenes Kabinett – quasi das Gegenteil des Kabinetts während der Trump Administration. Die Mitglieder sind sehr divers, zur Hälfte weiblich und hauptsächlich Wegbegleiter aus der Ära Obama.

Bierling resümierte, dass alle diese Punkte dazu beitragen könnten, der amerikanischen Politik wieder ihre Würde und Verhältnismäßigkeit zurückzugeben, die die Welt aus der Prä-Trump-Zeit gewöhnt war.

Die Einordnung parteipolitischer Polarisierung.

Der politische Kosmos in den USA besteht heutzutage nur noch aus zwei absolut verfeindeten Parteien. Bierling gab während des Vortrages an, dass es keine Basis mehr für eine Zusammenarbeit zwischen Demokraten und Republikaner gebe, die in den USA als Bipartisanship bezeichnet wird. Das Land blickt nach der Regierung Trump auf eine absolute Polarisierung der Gesellschaft in diese beiden Lager. Mithilfe eines Schaubildes veranschaulichte Bierling, dass die Republikaner in den vergangenen Jahrzehnten immer konservativer als der durchschnittliche Demokrat und Demokraten immer liberaler als der durchschnittliche Republikaner geworden sind. Allerdings gibt es momentan eine große Chance für Biden diese Kluft zu überwinden (oder wenigstens Brücken zu bauen): Seit der Erstürmung des Kapitols durch Trump-Anhänger distanzieren sich immer mehr Republikaner von seiner Linie, die für sie nicht mehr vertretbar erscheint. Dieses Momentum

kann laut Bierling durch Biden ausgenutzt werden, die Parteien wieder näher zusammenzubringen, insbesondere vor dem Hintergrund der hauchdünnen demokratischen Mehrheit im Senat.

Die Corona Pandemie. Die Bewältigung der Krise wird Bidens Lackmustest, auf den er sich mit der Formulierung eines Masterplans schon seit der gewonnenen Wahl vorbereiten konnte. Laut Bierling wurde dieser Plan von Experten, auch aus der Obama-Administration, erstellt und kann ab Tag eins in die Tat umgesetzt werden.

Wirtschafts- und Sozialkrise. Bierling stellte dar, dass sich das BIP in den USA aufgrund der Pandemie dramatisch entwickelt hat, insbesondere unter Berücksichtigung der hohen Arbeitslosenquote. Allerdings führte er hier eine der wenigen Erfolge Trumps an, nämlich die Verabschiedung eines Konjunkturpaketes im März 2020 gemeinsam mit den Demokraten. Laut Bierling könnte Biden „hier noch einen draufsetzen“. Er führte aus, dass er das groß angelegte Wirtschaftsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 1,9 Billionen US-Dollar als beste Möglichkeit sehe, die coronabedingten, wirtschaftlichen Folgen einzudämmen. Diese Maßnahme sei alternativlos.

Außerdem wird Biden an dem von Obama eingeführten Health-Care-Programm festhalten und es nach einer Unterbrechung weiterführen.

Wiederbelebung der außenpolitischen Führung.

Unter diesem Punkt konzentrierte sich Bierling vor allem auf die US-amerikanischen Beziehungen zu den Protagonisten der Weltpolitik – allen voran China und Russland. Der entscheidende Vorteil Bidens ist in diesem Kosmos, dass er die wichtigen und mächtigen Persönlichkeiten bereits aus seiner bisherigen politischen Karriere gut kennt.

Trotzdem wird die größte Herausforderung laut Bierling der Umgang mit dem Aufstieg Chinas sein. Der Traum einer Liberalisierung des Landes ist geplatzt und Biden wird daher eine eher konfrontative Politik mit dem Land der Mitte pflegen, vermutete Bierling.

Auch mit Russland wird Biden eine kritische und konsequente Politik betreiben. Im Gegensatz zu Trump, der während seiner Präsidentschaft die persönliche Beziehung zu Putin vor die Interessen seines Landes gestellt hat, wird Biden dies nicht tun. In der Folge erwartet Bierling ein weiteres Auseinanderdriften der beiden Pole.

Einen wichtigen Punkt betrachtete Bierling am Ende seines Vortrags: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Er vermutete, dass es eine atmosphärische Verbesserung der Beziehungen geben wird, weil in Deutschland weiterhin der Grundsatz ATB gilt – „anybody but Trump.“ Trotzdem gebe es auch für Deutschland einige Punkte abzuarbeiten, die perspektivisch zur Verbesserung der Beziehungen führen sollen. Die Bundesregierung sollte das Handels-Bilanz-Plus weiter abbauen,

das auch von Biden äußerst kritisch gesehen wird. Des Weiteren wird das NATO-Ziel, entlang des Wales-Abkommens, seit Jahren von Deutschland nicht erreicht. Auch Biden könnte hier eine Entsolidarisierung des Bündnisses vorwerfen. Zuletzt kritisierte Bierling das Projekt Nord Stream 2, denn die Kooperation mit Russland stelle einen Verrat an unseren Werten dar. Laut Bierling wird Biden an den Sanktionen gegen die beteiligten Firmen festhalten.

„Biden ist zwar alt, aber durch seine lange politische Karriere erfahren genug, um die nötigen Kompromisse schmieden zu können. Nach 36 Jahren im Senat kennt er sich nicht nur in der politischen Landschaft aus, sondern wird auch über die Parteigrenzen hinweg respektiert.“



„Große Internetkonzerne – Eine Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat“

Vortrag von Georg Eisenreich, Bayerischer Staatsminister der Justiz, Online-Vortrag am 23. Februar 2021 gesendet aus dem Westin Grand

Die Einführung des Referenten übernahm der Peutingger-Präsident a.D. Christian Geissler. Er stellte den bayerischen Justizminister Georg Eisenreich im Hinblick auf seinen bunten Lebenslauf als „Schweizer Taschenmesser“ vor. Eisenreich ist in München geboren, römisch-katholisch und hat drei Kinder. Bereits sehr früh engagierte er sich in der katholischen Jugendarbeit, während er das Abitur am Münchner Ludwigs-Gymnasium erlangte. Das Studium der Rechtswissenschaften absolvierte er an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Danach war es als Stipendiat an der Hans-Seidel-Stiftung tätig. Auch seine politische Karriere begann vergleichsweise früh, wie Geissler betonte: 2002 wurde er Stadtrat in München, seit 2003 ist er als Abgeordneter im Bayerischen Landtag vertreten. Zwischen 2008 und 2013 war Eisenreich stellvertretender

Vorsitzender des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport. Außerdem war er bildungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion und Beauftragter für die UN-Behindertenrechtskonvention. Seit 2018 ist Eisenreich Staatsminister der Justiz in Bayern und strebt zudem den Vorsitz der Münchener CSU an. Am Beginn seines Vortrages „Große Internetkonzerne - Eine Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat“ betonte Georg Eisenreich die Übermacht der internationalen Hauptakteure der digitalen Branche: Alphabet, Facebook et cetera haben einen höheren Börsenwert als die gesamten DAX-Unternehmen zusammengenommen, zudem sitzen die 15 größten Digital-Unternehmen in den USA und China, aber keines in der Europäischen Union - beeindruckende Kennzahlen. Eisenreich wies darauf hin, dass die fortschreitende Digitalisierung unsere Gesell-

schaft und Wirtschaft weiterhin mit einer absoluten Selbstverständlichkeit grundlegend verändern wird. Vor diesem Hintergrund monierte Eisenreich, dass die Monopolisten der Branche, die ganz selbstverständlich mit unseren Informationen ihr Geld verdienen, keine Verantwortung übernehmen wollen, sondern höchstens auf Gesetze und politischen Druck reagieren. Trotzdem wollen Bayern, Deutschland und die EU auch an diesem Fortschritt partizipieren. Und es ist nötig, in vielen Bereichen der Kooperation zwischen Staaten und Konzernen Kompromisse zu finden. Eisenreich wies insbesondere auf die Gefahren und Herausforderungen hin, die diese Koexistenz voraussetzt:



Georg Eisenreich

Digitale Souveränität und Privatsphäre - Eisenreich merkte an, dass unsere Gesellschaft im Begriff ist, die Herrschaft über Daten zu verlieren. Datenmonopole werden immer intensiver von Konzernen genutzt und in die Privatsphäre des Einzelnen wird immer weiter eingegriffen. Leider betreffe das nicht nur die Souveränität der Individuen, sondern auch die Souveränität von Staaten wie Deutschland. Deshalb forderte Eisenreich, dass Daten viel stärker vor diesen Eingriffen geschützt, aber gleichzeitig für die verschiedenen Akteure nutzbar gemacht werden müssen. Hier wies er auf die Verabschiedung der DSGVO hin, die auf EU-Ebene ein großer Fortschritt gewesen ist: Durch die Verordnung wurde ein einheitliches Regelwerk geschaffen. Trotzdem wurde von Eisenreich kritisiert, dass sich nur ein Teil der großen Unternehmen vollumfänglich an diese Regeln hält, wie beispielsweise Bürgerinnen und Bürger sowie kleine Unternehmen und Mittelständler. Dies zeige, dass der rechtliche Vollzug der DSGVO weiterhin mangelhaft ist, denn die großen Konzerne fürchten wenige oder keine Repressalien gegen ihr Handeln.

Demokratie und Rechtsstaat - Die Bedeutung sozialer Netzwerke ist in den vergangenen Jahren gestiegen; gleichzeitig sind traditionelle Medien nicht mehr konkurrenzfähig. Eisenreich hob hervor, dass insbesondere jüngere Menschen das Internet verstärkt als Hauptinformationsquelle nutzen. Daraus ergebe sich aber ein Problem: Für TV, Radio oder Presse gelten traditionell Grundsätze wie ausgewogene und faire Berichterstattung oder die Sorgfaltspflicht. Für Social-Media-Plattformen gelten diese Regeln bisher nicht oder nur eingeschränkt, weil keine eigenen Inhalte produziert werden sondern nur über Dritte bereitgestellt werden, die als Einzelpersonen von diesen geltenden Vorschriften nicht betroffen sind. Plattform haften dementsprechend nicht für die Inhalte der Nutzer, das sogenannte Plattformprivileg. Laut Eisenreich stellen Fake Accounts, Fake News und Deep Fakes eine große Gefahr dar. Durch eine niedrige Hemmschwelle greifen vor allem Hass und Hetze im Netz weiter um sich. Im Einzelfall können aus Worten sogar Taten werden (Hinweis: Walther Lübke oder Terroranschlag in Hanau). Hier entsteht laut Eisenreich ein entscheidender Reibungspunkt zwischen den Standards, die ein Konzern auf seiner Plattform setzt, und den der Gesetzgebung eines Landes. Dies führe dazu, dass Staat bzw. EU immer härter gegen die Digitalunternehmen kämpfen müssen, um sich auch in Zukunft durchsetzen zu können.

Allerdings wurde laut dem bayerischen Justizminister schon einiges in diesem Bereich getan, nicht nur auf Landesebene:

- Länder haben den Medienstaatsvertrag ins Leben gerufen, wonach Social Media unter den Medienaufsichtsrat gestellt wird.
- Seit 2017 existiert das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das Intermediäre reguliert. Auch hier sind weitere Verschärfungen angedacht.
- In der EU, die lange zugeschaut hat, ist der Wille da, Regulierungen auf europäischer Ebene zur Plattformökonomie einzuführen.
- In den USA wird schon seit längerem diskutiert, Digitalkonzerne stärker in die Pflicht zu nehmen oder sogar zu zerschlagen.
- In Bayern wurde 2020 der erste Hate-Speech-Be-

auftragte der Bundesrepublik ernannt, der in der Generalstaatsanwaltschaft angesiedelt ist, große Verfahren durchführt und Spezialisten in den Sonderdezernaten der 22 bayerischen Staatsanwaltschaften koordiniert.

- Initiative wurde ins Leben gerufen: Justiz und Medien - konsequent gegen Hass.

Wettbewerb und Wohlstand - Um den allgemeinen Wohlstand zu schützen, müssen auch die Daten geschützt werden, auf denen dieser beruht. Eisenreich plädierte während seines Vortrages dafür, dass neue digitale Businessmodelle entwickelt werden, um die Region voranzubringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings sei die Wettbewerbsverzerrung hier ein starkes Hemmnis. Die 10. Novelle beim Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung sei ein großer Fortschritt beim Vorgehen gegen Monopolisten - insbesondere im digitalen Bereich.

Eisenreich wies allerdings in seinen Schlussworten darauf hin, dass weiterhin starker Handlungsbedarf beim Thema Datenschutz bestehe. Konzerne sollen viel stärker in die Pflicht genommen und reguliert werden, außerdem sollen sie Steuern zahlen. Gewinne können nicht auf der einen Seite von Unternehmen wie Facebook oder Google eingefahren werden, aber die Kosten (gesellschaftliche, rechtliche) auf der anderen Seite sozialisiert werden. Die EU hat sich die Regulierung der Plattformökonomie auf die Agenda geschrieben und bereits wichtige Anstöße mit dem Digital Services Act und dem Digital Markets Act geschaffen. Allerdings müssen weiterhin intensive Debatten geführt werden.

In Deutschland müssen laut Eisenreich wichtige Investitionen getätigt werden, um Digitalkonzerne hier ansiedeln zu können und in der Weltwirtschaft nicht wieder komplett abgehängt zu werden. In Bayern wurden bereits Investitionen in den Bereichen KI und digitaler Infrastruktur getätigt.



„Ungarns Beziehungen zu Bayern, Deutschland und der EU – aktuelle Herausforderungen“

Vortrag von Gábor Tordai-Lejkó, Generalkonsul von Ungarn, Online-Vortrag am 25. März 2021 gesendet aus dem Westin Grand

Herr Gábor Tordai-Lejkó wurde in Budapest geboren und hat sein Abitur am deutschen Gymnasium im bayerischen Bad Kastel absolviert. Anschließend studierte er Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaften in Regensburg und an der Sorbonne. Als politischer Berater für die Europäische Volkspartei (EVP) hat er viele Jahre am Europäischen Parlament in Brüssel gearbeitet und war dort unter anderem im Ausschuss für Umwelt, Lebensmittel, Sicherheit und Gesundheit tätig. Seit dem Jahr 2015 ist er Generalkonsul von Ungarn in Bayern. Der Generalkonsul pflegt eine langjährige Beziehung zu Bayern, nicht nur aufgrund seiner Vita, die eng

mit dem Bundesland verbunden ist. Außerdem kennt er sich durch seine berufliche Laufbahn exzellent auf dem europäischen Parkett aus. Diese Vorteile versuchte Tordai-Lejkó während des gesamten Vortrags zu verbinden. Er konzentrierte sich insbesondere auf fünf Kernthemen: Ungarns Geschichte, die Rolle Ungarns in der EU, Außenpolitik, die Corona-Politik und Ungarns derzeitige Wirtschaftslage.

Ihm war besonders wichtig, einige Betrachtungen vorzustellen, die für den anschließenden Vortrag von großer Bedeutung sein werden. Er skizzierte in An-

sätzen die (wirtschaftliche) Situation Ungarns vor dem Ausbruch der Pandemie in Bezug auf vier wichtige Aspekte:

- Arbeitslosigkeit wurde von 11,3 % im Jahr 2010 auf unter 3,5% im Jahr 2019 gesenkt.
- Im selben Zeitraum wurde das Durchschnittsgehalt beinahe verdoppelt auf 403.000 Forint (umgerechnet 1100 Euro)
- Das finanzielle Vermögen der Haushalte wuchs beinahe auf das Dreifache.
- Die Arbeitslosenquote ist die viertniedrigste in der EU.

Ungarns Geschichte – Der Generalkonsul merkte zum Beginn seiner kurzen Fahrt durch die lange ungarische Geschichte an, dass es wichtig sei, die Eckpunkte zu kennen, um heutige Gedankengänge oder politische Entscheidungen nachvollziehen zu können.

Generell schaut das Land auf eine fast 1000-jährige Beziehung mit dem Bundesstaat Bayern zurück. Ursprünglich kommt das ungarische Volk aus Asien, genauer aus dem Ural-Gebirge an der Grenze zwischen Asien und Europa. Erst waren es Nomaden, die immer häufiger Streifzüge nach Westeuropa unternahmen. Um circa 1000 n.Chr. wurden sie sesshaft und widmeten sich verstärkt der Landwirtschaft. Außerdem ließ die Christianisierung nicht lange auf sich warten. Infolgedessen wurde ein christliches Königreich durch den ersten ungarischen König St. Stephan gegründet – und Europa wurde die Heimat dieses Reiches.

Im Mittelalter entwickelte sich das Königreich Ungarn zu einer regionalen Macht und erlebte seine Blütezeit im 15. Jahrhundert unter König Matthias. Hier entwickelte sich insbesondere die kulturelle, militärische und wirtschaftliche Stärke des Landes.

Im Jahr 1526 verlor Ungarn jedoch die Souveränität und wurde in den folgenden Jahrhunderten erst von Osmanen regiert, um dann Teil des Habsburger Reiches zu werden. Lange Zeit war das Verhältnis zwischen Herrschenden und Untertanen belastet und von Unterdrückung geprägt. Erst im Jahr 1867 fand ein Ausgleich statt: Es bildete sich der gleichberechtigte Staat Öster-



Gábor Tordai-Lejkó

reich-Ungarn. Darauf folgte wiederum eine Epoche des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufschwungs.

Nach dem ersten Weltkrieg stand Österreich-Ungarn auf der Verliererseite und im Jahr 1920 verlor Ungarn dadurch rund Zweidrittel des Landesgebietes und der Bevölkerung. Seitdem ist das Staatsgebiet kleiner als der Freistaat Bayern und rund 2 Millionen Ungarn leben bis heute in Nachbarländern. Bereits nach dem zweiten Weltkrieg wurde Ungarn Teil des Ostblocks und damit abhängig von der Sowjetunion. Insbesondere bei der deutschen Wiedervereinigung nahm das Land eine besondere Rolle ein, denn Ungarn war der erste Staat, der Ostdeutsche ausreisen ließ. Zu diesem Anlass zitierte der Generalkonsul den Altkanzler Helmut Kohl: „Es war in Ungarn, wo der erste Stein aus der Mauer geschlagen wurde.“ Damit unterstrich Tordai-Lejkó nochmals die Bedeutung der ungarisch-deutschen Beziehungen und hob die mannigfaltigen Schnittstellen in der Vergangenheit hervor. Ein Bindeglied zwischen den beiden Ländern sei auch die deutsche Minderheit in Ungarn, betonte der Generalkonsul. Die letzte Volkszählung im Jahr 2011 ergab, dass rund 185.000 Ungarndeutsche auf dem Staatsgebiet leben. Diese haben eine breite politische Vertretung, wie selbstverwaltete Kommunen und einen Abgeordneten im ungarischen Parlament. Außerdem hat die Minderheit Einfluss auf Sprache und Kultur, denn es wird in Deutsch unterrichtet und es gibt eigene, staatlich finanzierte Medien, Festivals und ein Theater.

Die Rolle Ungarns in der EU – In der jüngeren Vergangenheit, im Jahr 2010, fand nach Angaben von Tordai-Lejkó ein Paradigmenwechsel in Ungarn statt. Es gab eine Umstellung von Hilfeleistungen hin zu einer auf Arbeit ausgerichteten Wirtschaft. Das Ergebnis war

eine sinkende Arbeitslosigkeit, zunehmendes staatliches Vermögen und eine sinkende Staatsverschuldung. Der Generalkonsul beschrieb die Situation wie folgt: „Ungarn hat seine Souveränität [von der EU] wiedererlangt und folgt bei ideologischen Fragen einem klaren Kurs“, was ein überaus großer Erfolg sei. Gerade die Regierung unter Orban vertrete in politischen Fragen einen klaren Kurs, auch gegen die Standpunkte der Europäischen Union. Ziel sei es, der Homogenisierung der Mitgliedsstaaten entgegenzuwirken und die Errichtung eines Bündnisses aus freien Nationalstaaten voranzutreiben – der ursprüngliche Gedanke des Bündnisses. Gerade der fortlaufende zentralistische Prozess, Entscheidungen nach Brüssel zu verlagern, werde in Ungarn mit Sorge betrachtet, gab der Generalkonsul an. Ungarn erwarte vielmehr „die Aufrechterhaltung der jahrhundertealten europäischen Tradition kulturell unterschiedlicher, souveräner Staaten. Vor diesem Hintergrund betonte Tordai-Lejkó insbesondere den Austausch zu modernem Wissen und Technologie sowie die geopolitische Stabilität und Sicherheit des Landes, die in der Vergangenheit durch den Jugoslawienkrieg oder die Ukraine-Krise bedroht war.

An dieser Stelle unternahm der Generalkonsul einen Exkurs auf das ungarische Familienmodell. Voraussetzungen sollen geschaffen werden, um eine dauerhafte Trendwende in der demographischen Entwicklung einzuleiten. Dafür hat der Staat 4,6 % des BIP auf die Kinder- und Familienpolitik verwendet, mehr als andere europäische Staaten. Die demographischen Defizite sollen nicht durch Einwanderung kompensiert werden, sondern durch eine starke Familienpolitik im eigenen Land, gab der Generalkonsul an.

Ungarn erlebte in den vergangenen Jahren laut Tordai-Lejkó einige Benachteiligungen auf der europäischen Bühne. Das EU-Parlament hat unter anderem ein Rechtsstaatsverfahren nach Art. 7 gegen das Land eingeleitet, woraufhin Ungarn vor den EuGH getreten ist. Dieses Verfahren soll unter der deutschen Ratspräsidentschaft „endlich abgeschlossen werden“, mahnte der Generalkonsul. Nicht nur aus diesem Grund ist die ungarische Fidesz-Partei vor Kurzem aus der EVP ausgetreten. Tordai-Lejkó betonte auf Nachfrage, dass die

Partei derzeit unterschiedliche Optionen auslote, wie es weitergehen könnte: Es werde über ein neues Bündnis nachgedacht, aber auch über den Beitritt zu bestehenden Bündnissen.

Die ungarische Außenpolitik – Rund um das Thema Außenpolitik nannte der Generalkonsul während seines Vortrages vier Kernfelder: USA, Russland, China und Israel.

Während der Obama-Administration war Ungarn „irritiert“ über die angestrebten Einmischungen der US-Regierung in die Innenpolitik des Landes. Aus Übersee kam vor allem Kritik an Gesetzesänderungen. Der Generalkonsul gab an, dass die Beziehungen zur Regierung unter Trump weitaus besser waren und er hoffe gleichzeitig, dass Präsident Biden diesen Kurs in Zukunft fortsetze. Gerade in der Energiepolitik seien die beiden Länder zusammengelassen und erst kürzlich wurde Gas aus den Vereinigten Staaten gekauft.

Zu Russland seien die Beziehungen weiterhin kompliziert, auch historisch bedingt. Ungarn steht in großer Abhängigkeit zur Russischen Föderation, da die Wirtschaft des Landes auf das russische Gas angewiesen sei. Tordai-Lejkó forderte während seines Vortrages von der EU, finanzierbare Lösungen zu finden, um unabhängiger zu werden. Das Land sei aber auch schon in Eigenregie dabei, Alternativlösungen zu finden, wie zum Beispiel den Aufbau eines eigenen Kraftwerks. Hierbei spielt Siemens eine tragende Rolle.

Ungarn setzt vor allem in den vergangenen Jahren auf eine starke Diversifizierung der ausländischen Investoren, wobei gerade asiatische Geldgeber eine große Rolle spielen. Das Land ist Teil des 17+1-Abkommens mit China und daraus resultieren wichtige Projekte, die von der EU nicht unterstützt werden. Der Generalkonsul nennt als Beispiel den Bau einer Schnellzugstrecke zwischen Budapest und Belgrad.

Außerdem unterhält das Land seit jeher exzellente Beziehungen zu Israel. Nach Paris ist Budapest die zweitgrößte jüdische Gemeinde in Europa und umfasst nahezu eine Viertelmillion Menschen.

Ungarns Covid-Politik – Aktuell findet eine Konzentration auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie auf allen Ebenen des Landes statt. Ziel ist es, die Bevölkerung so schnell wie möglich zu impfen. Der Generalkonsul gab an, dass bereits 1,7 Millionen Menschen eine erste Impfung erhalten haben, was einer Impfquote von 17% entspricht (zweiter Platz in der EU). Das Land zählt bis dato rund 600.000 Corona-Infektionen. Die Beschaffung des nötigen Impfstoffes – und darauf liegt die Priorität – wird über die EU abgewickelt. Außerdem wird innerhalb des rechtlichen Rahmens von anderen Staaten zusätzlicher Impfstoff gekauft. Tordai-Lejkó sagte dazu: „Der Schutz des menschlichen Lebens und die Gesundheit stehen über politischen Aspekten, ja auch über der Geopolitik.“

Ungarns Wirtschaftslage – Wie bereits angesprochen, klafft ein tiefer Spalt zwischen der wirtschaftlichen Lage Ungarns vor und nach dem Ausbruch der Pandemie. Der Generalkonsul betonte vor diesem Hintergrund, dass „es derzeit nicht das Ziel sei, die Wirtschaft auf den status quo zu bringen, sondern einen an-

gepassten Wirtschaftsplan zu entwickeln.“ Dieser wird insgesamt sieben Stufen haben, auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen wird.

Ungarns Außenhandel – Ungarn strebt eine Diversifizierung des Außenhandels an und insbesondere Exporte in Richtung Asien stehen verstärkt auf der Agenda. Trotzdem stehe Deutschland seit Jahren auf Platz 1 als Handelspartner für Ungarn. Deutsche Unternehmen haben oftmals Standorte in Ungarn und das Land nimmt 28% aller ungarischen Exporte entgegen. Deshalb betonte der Generalkonsul vor allem die Investitionsförderungen des Landes, um das Geschäftsumfeld für ausländische Investoren noch attraktiver zu gestalten. Letztes wurden Investitionsförderprogramme mit einem Gesamtvolumen von rund 2,5 Milliarden Euro angekündigt, gab Tordai-Lejkó an. Gerade Bayern sei ein wichtiger Partner, da zwischen Ungarn und dem Freistaat ein Handelsvolumen von 16 Milliarden Euro fließe. Sechs von 16 strategischen Partnern kommen aus Bayern, unter anderem Audi und BMW.



„Wie Universitäten die Gesellschaft voranbringen“

Vortrag von Prof. Dr. Gunther Friedl, Professor für Betriebswirtschaftslehre und Inhaber des Lehrstuhls für Controlling sowie Dekan an der Technischen Universität München (TUM) School of Management, Online-Vortrag am 04. Mai 2021 gesendet aus Schloss Fußberg

Prof. Dr. Gunther Friedl ist in München geboren und mit zwei jüngeren Brüdern aufgewachsen. Er hat die Grundschule an der Pfarrer-Grimm-Straße in München Untermenzing besucht und sein Abitur im Jahre 1991 am Louise-Schröder-Gymnasium abgelegt. Hier war er auch Kollegstufensprecher. Studiert hat Friedl Betriebswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) und Physik an der Technischen Universität

München (TMU). Im weiteren Verlauf seiner akademischen Karriere wurde Friedl an die Johannes Gutenberg-Universität in Mainz berufen, wo er den Lehrstuhl für Controlling innehatte. Seit 2010 ist er Dekan an der TUM School of Management. Während seiner Anstellung hat er an verschiedenen Universitäten im Ausland unterrichtet: an der Stanford University in Kalifornien und an der Universität Warschau. Über seine Zeit in

den Staaten sagt Friedl, dass es ein wissenschaftlich forderndes aber zugleich bereicherndes Erlebnis gewesen sei. Außerdem blickt Friedl auf eine lokalpolitische Karriere als Kreisvorsitzender der Jungen Union München und eine vierjährige Amtszeit als Ortsvorsitzender in München West (Allach-Untermenzing) zurück. Seine Freizeit verbringt er mit Klavier und Akkordeon, Schachspielen und Skifahren.

Friedl beginnt sein Plädoyer für die Rolle der Universitäten mit der Frage: Wie bringen Universitäten die Gesellschaft voran? Er hebt einige prägende Personen der Vergangenheit hervor, die nicht nur im universitären, sondern auch im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kontext gewirkt haben. Hier nennt er Konrad Peutinger, Carl von Linde und Rudolf Diesel. Universitäten haben auch immer eine Wechselwirkung mit der Gesellschaft und bringen vor allem den unternehmeri-



Prof. Dr. Gunther Friedl

schen Geist hervor, denn sie ermöglichen Technologien als Treiber und Befähiger der Gesellschaft. Unter anderem spricht er in diesem Universum die künstliche Intelligenz, Cloud-Computing, Blockchain oder Robotik an.

Das Selbstverständnis der TUM ist laut Friedl als „The Entrepreneurial University“ zu verstehen und agiert unter dem Boniment: „Unser Kapital sind die Talente, unsere Rendite ist die Reputation.“ Als Innovationschmiede bringt die TUM jährlich rund 80 Start-ups auf den Weg, die im direkten Umfeld der Universität gegründet werden. Bereits im Jahr 2002 hat der Altpräsident Wolfgang Herrmann die TUM School of Management, die bereits in kurzer Zeit einen hohen Stellenwert im Bereich der Wirtschaftswissenschaften erlangt

hat, gegründet. Heute ist sie bereits die größte Fakultät für Betriebswirtschaftslehre in Deutschland. Die School of Management der TUM verfolgt einen einzigartigen Ansatz: Die Verknüpfung von Management und Technik. Hier sind 60 Professoren beschäftigt, die rund 6.000 Studierende unterrichten, die wiederum zu 40% aus dem Ausland kommen. Mit Standorten in der Münchener Innenstadt, Straubing, Heilbronn, Garching und Weihenstephan verfügt die Fakultät über ein breites Ökosystem, merkt Friedl an. Gerade der Standort Heilbronn ist als erster Standort außerhalb von Bayern besonders hervorzuheben. Mithilfe einer Unterstützung in Form einer großzügigen Spende wird in Heilbronn insbesondere zu den Themen Familienunternehmen, Digital Technology und Entrepreneurship geforscht.

Friedl weist in seinem Vortrag auch auf die besondere Relevanz der TUM School of Management in Zeiten der Krise hin. Beispielsweise hat das Start-up Kinexon ein digitalbasiertes Tool zur Einhaltung der Abstandsregeln kreiert, das bereits in amerikanischen Footballligen eingesetzt wird, aber auch Einzug auf dem Campus Heilbronn gefunden hat. Über akustische und optische Signale über ein Armband ist es möglich, die Abstandsregeln noch effektiver umzusetzen und einen weitaus reibungslosen Arbeitsablauf zu gewährleisten. Dadurch sind laut Friedl Präsenzveranstaltungen bald wieder möglich.

Die Mission der TUM School of Management wird von Friedl klar definiert: „Verwurzelt in unserem technologischen und unternehmerischen Ökosystem, bilden wir verantwortungsvolle Talente aus und betreiben relevante Forschung, um innovationsorientierte Unternehmen und Gesellschaften in Deutschland, Europa und der Welt voranzubringen.“ Daraus leitet sich laut Friedl auch eine ganz klare Vision ab, die wie ein Ansporn zu lesen ist: „Eine der führenden Managementfakultäten an der Schnittstelle zu Technik und Wissenschaft zu werden, indem man zu Lösungen der großen gesellschaftlichen Herausforderungen beiträgt.“ Die Dynamik der Fakultät lässt sich in diesem Kontext insbesondere an der Internationalität der Studierenden ablesen, die in den vergangenen Jahren unter den Männern um 165% und bei Frauen um 45% zugenommen haben.

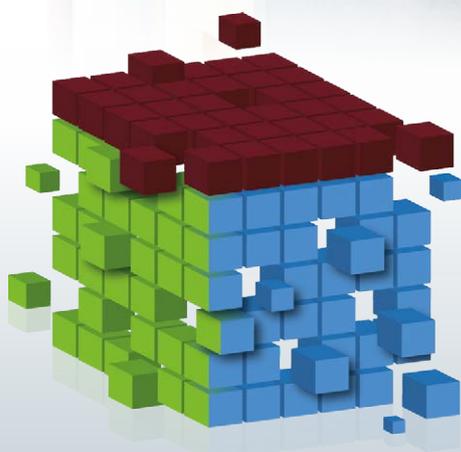
Generell orientiert sich das Themenspektrum der TUM School of Management an den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen. Es wird sich bei jedem Projekt konkret angeschaut, wie die School of Management zum Erreichen dieser Ziele beitragen kann. Konkrete Beispiele hat Friedl auch parat: Die Gründung des Center for Energy Markets, in dem über nachhaltige Energiesysteme geforscht wird oder dem Center for Life Science, das sich unter anderem mit Ernährung und Medikamentenentwicklung auseinandersetzt.

Die zentrale Frage, wie Zukunftstechnologien entwickelt werden, steht im Fokus der täglichen Arbeit der Fakultät. Ein umfassender Managementblickwinkel ist hier von größter Bedeutung, um Strategien zu ent-

wickeln, inwiefern Zukunftstechnologien besser in der Gesellschaft verankert werden können. Dies führt Friedl in seinem Vortrag zu der Überlegung, wie Universitäten das 21. Jahrhundert mitgestalten können. Das dies eine große Verantwortung ist, wird während dem Vortrag mehr als klar. Dafür bedarf es einiger Faktoren, wie das lebenslange Lernen, ein vielfältiges und internationales Umfeld, die Entwicklung nachhaltiger Technologien und Geschäftsmodelle sowie das Vertiefen des gesellschaftlichen Dialogs. Friedl schließt seinen Vortrag mit der deutlichen Anmerkung, dass Universitäten keine Elfenbeintürme mehr sein dürfen, sondern in ständiger Wechselwirkung mit Gesellschaft und Politik stehen müssen.



Ihr Rechts- & Steuerberater mit Leidenschaft, Erfahrung und innovativen Ideen.



■ Steuerdeklaration - modern & fokussiert

- Digitale Lösungen für Rechnungswesen, Lohn & Personalangelegenheiten
- Automatisierte Jahresabschlüsse und Steuererklärungen
- Papierlose Lohn- und Gehaltsabrechnungen
- Komplexe Betriebsprüfungen

■ RA/StB Beratung

- Gestaltungs- und Transaktionsberatung
- Expertise an der Schnittstelle von Recht & Steuer
- Erb- und Familienrecht
- Immobilien- Vertrags- und Gesellschaftsrecht
- Sozialversicherungs- und Steuerstrafrecht

■ Internationales Steuerrecht

- Grenzüberschreitende Liefer- und Leistungsbeziehungen
- Entsendungen (Expats/Inpats)
- Umsatzsteuer, Verrechnungspreise
- Englisch, Spanisch und Russisch

Vereinbaren Sie Ihren persönlichen Beratungstermin!

AuditJurTax Group | Fürstenrieder Straße 263, 3. OG | 81377 München | www.auditjurtax.com
 Telefon Steuerberatung: 089 / 54 68 25 - 0 | Telefon Rechtsberatung: 089 / 54 68 25 - 90

„Publicpreneurship – wie kann der Staat unternehmerisch werden“

Vortrag von Prof. Dr. Rafaela Kraus, Professorin für Unternehmens- und Personalführung, Vizepräsidentin für Entrepreneurship und den Hochschulbereich für Angewandte Wissenschaften an der Universität der Bundeswehr München, Online-Vortrag am 15. Juli 2021 gesendet aus dem Westin Grand



Prof. Dr. Rafaela Kraus

Prof. Dr. Rafaela Kraus ist im Freistaat Bayern fest verwurzelt. Sie wurde in Altötting geboren und ist in Landshut aufgewachsen. Ihr BWL-Studium hat sie sowohl an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) als auch der renommierten Sorbonne Universität in Paris absolviert. Ebenso hat Dr. Kraus an der LMU in Wirtschaftspsychologie promoviert. Anschließend wechselte sie in die freie Wirtschaft, um sich als Unternehmensberaterin zu etablieren. In dieser Zeit lagen ihre Schwerpunkte auf Unternehmensentwicklung sowie Personalauswahl. Auch ihre begleitenden Forschungen spielen sich bis heute in diesem Universum ab: Es geht vor allem um Führung, Change Management und die digitale Transformation. Im Jahr 2007 wurde Dr. Kraus als Professorin für Unternehmens- und Personalentwicklung an die Universität der Bundeswehr München (UniBW M) berufen. Am 1. Januar 2019 trat sie an dieser Hochschule in das Amt der Vizepräsidentin für Entrepreneurship und den Hochschulbereich für Angewandte Wissenschaften an. Ihre Aufgaben beschreibt sie als „sehr vielfältig“ und so war sie auch an der Gründung von founders@unibw beteiligt. Das Hub soll aus Sicht von Dr. Kraus ein optimales Ökosystem für Gründer bereitstellen, um hier die unternehmerische Kompetenzentwicklung zu fördern.

Es liegt auf der Hand, dass die Start-up-Förderung zu den professionellen Leidenschaften von Dr. Kraus gehört. Sie will gerade junge Leute zu diesem Schritt motivieren und hilft dabei, die Ergebnisse ihrer Forschungen marktfähig zu machen. In den Augen von Dr. Kraus ist dies die wesentliche Transformationsaufgabe der UniBW M. Einer ihrer wichtigsten Anliegen ist es, die Außenwirkung der UniBW M zu stärken und die Institution greifbarer und erlebbarer zu machen. Privat ist Dr. Kraus ein Großstadtmensch und lebt gerne mitten-drin: Im Münchner Glockenbachviertel. Sie ist sowohl theoretisch als auch praktisch an Kunst interessiert und außerdem sehr bibliophil.

Nach kurzen Danksagungen in alle Richtungen steigt Dr. Kraus unmittelbar in das Thema ihres Vortrages ein und stellt dem Plenum im ersten Schritt die UniBW M näher vor. Zurzeit studieren, arbeiten und forschen rund 3.500 Studierende an der Universität – Tendenz steigend. Daneben gibt es 210 Professuren und 650 wissenschaftliche Mitarbeiter:innen. Letztere bilden mit den Forschungen über das gesamte Spektrum der wissenschaftlichen Klaviatur den Kern der ansässigen Start-up-Förderung. Dr. Kraus beschreibt ein buntes Potpourri an Studiengängen: Pädagogik, Psychologie, Luft- und Raumfahrttechnik, um nur einige zu nennen. Allerdings ist der Schwerpunkt technisch orientiert. Wichtig ist ihr auch, den Alltag an der UniBW M zu beschreiben. Nicht alle Studierenden tragen Uniform, allerdings hat sich ein Großteil der Studentenschaft zur Soldat:innen-Laufbahn verpflichtet. Auch die Betreuungsrelation ist mit jeweils einer Professur auf circa 20 Studierende extrem hoch und wird von Dr. Kraus passenderweise als „sehr elitär und komfortabel“ umschrieben. Studierende können ihren Master an der UniBW M in nur vier Jahren abschließen, da die Uni-

versität ein Trimestersystem angelegt hat. Besonderen Fokus legt Dr. Kraus bei der Vorstellung auf den Bereich Forschung. Das Leitbild der Universität: Sicherheit in Technik und Gesellschaft. Was einfach klingt, hat einen sehr eigenen Hintergrund. Forschungen können – wie im Silicon Valley oder der israelischen Tech-Bubble – unter verschiedenen Gesichtspunkten angewendet werden. Dr. Kraus nennt dies „dual use cases“, was bedeutet, dass Technologien entwickelt werden, die im militärischen Sektor aber auch im zivilen Leben Anwendung finden können – zum Beispiel im Bereich Aviation. Forschungspartner sind bei diesen und anderen Unterfangen alle wichtigen Förderungsinstitutionen aber auch das Verteidigungsministerium.

Anschließend geht Dr. Kraus auf den Begriff Publicpreneurship ein und markiert damit den Hauptteil ihres Vortrages. Das Wort selbst ist ein Kompositum aus den englischen Worten public und entrepreneurship, womit beschrieben werden soll, wie der öffentliche Sektor unternehmerischer werden kann. Dieser Ansatz stehe auch in direktem Bezug mit den Gedanken des Konrad Peutinger, der sich zu Lebzeiten als Verfechter von Innovationen und Marktwirtschaft stark gemacht hat. Um den Ansatz Publicpreneurship zu verstehen, gilt es tiefer in zwei Teilbereiche einzutauchen, die untrennbar mit diesem Begriff verbunden sind. Auf der einen Seite steht Intrapreneurship, was die Förderung unternehmerischen Denkens innerhalb von Organisationen beschreibt. Und auf der anderen Seite Entrepreneurship, was den Schritt zur Gründung eines Unternehmens darstellt. Die zentrale Frage von Dr. Kraus lautet: Warum tun wir das an der UniBW M? Das Hauptanliegen ist aus ihrer Sicht, Forschungserkenntnisse aus der Wissenschaft ins Alltägliche zu übersetzen. Dazu müssen Forschern alternative Karrierewege aufgezeigt werden, zum Beispiel eine Unternehmensgründung. Generell werden Start-ups von Dr. Kraus als Innovationsmaschinen beschrieben, die sich vor allem durch ihre überschaubaren und hochdynamischen Strukturen charakterisieren. Mit diesen Attributen stehen sie im direkten Gegensatz zu privaten Anwender:innen, Unternehmen und Behörden – und zwar in abnehmender Intensität. Echte nachhaltige Förderung ist in den Augen von Dr. Kraus nur

durch die direkte Förderung dieser Akteure und ihrer Talente möglich – letzteres bezeichnet sie als „kreative Zerstörung“. Die nächste zentrale Frage in ihrem Vortrag lautet: Welchen Beitrag leistet die UniBW M zur Vision eines unternehmerischen Staates? Die Vision ist die europäische Technologiesouveränität, um nicht – wie soll es anders sein – von West und Ost im Innovationswettrennen abgehängt zu werden. Um dies zu erreichen ist es von zentraler Bedeutung, dass die UniBW M selbst wie ein Start-up agiert. Wenig Bürokratie, mehr Agilität und Teamspirit sind hier die Schlüsselkompetenzen der Institution. Um diesen Zustand vollumfänglich zu verwirklichen, beschreibt Dr. Kraus drei wichtige Stellschrauben, an denen gedreht werden muss:

- Deep Tech & Business 2 Government (B2G) Start-ups fördern (Beispiele aus den Bereichen Energie werden genannt)
- Marktzugang für Business 2 Start-ups
- Intrapreneurship

Dr. Kraus verweist erneut auf das optimale Ökosystem, das den Studierenden eine wichtige Gründungsförderung mit inspirierenden Events, Service und Beratung, Know-How und Training sowie einer hochwertigen Infrastruktur (inklusive Laborvernetzung) bietet. Wichtig sind in diesem Umfeld laut Dr. Kraus vor allem die Innovationspartnerschaften, bei denen Start-ups die Möglichkeit bekommen, bei etablierten Projekten mitzuwirken und ihre Technik auszutesten. Im Fall des Programms SeRANIUS zum Beispiel als Teil eines Satelliten. Besonders ist, dass die UniBW M eine institutionalisierte Abfolge einer Start-up-Förderung verfolgt, die gleichzeitig den nötigen Raum zum Atmen lässt. Die skizzierte Abfolge lässt sich in vier wichtige Schritte unterteilen: Die Unterstützung bei der initialen Forschungs idee, über Kooperationen bei Forschung und Entwicklung, Incubation & Acceleration (z.B. bei SpaceFounders) bis hin zur bereits erwähnten Technologiesouveränität. Über dieses gesamte Spektrum werden Studierende bzw. Gründer:innen durch das Netzwerk der UniBW M begleitet. Dies soll laut Dr. Kraus auch die Zusammenarbeit zwischen Start-ups und öffentlicher Hand fördern. Hier müssen

zwar Hürden überwunden werden, aber es gibt ebenso ein großes Potential, das von Start-ups angezapft werden kann. Dr. Kraus beendet ihren Vortrag mit dem Hinweis auf den voranschreitenden Aufbau der Intra-

preneurship-Kultur. Diese soll vor allem das autonome Handeln fördern, was durch zunehmende Vernetzung, zielgerichtete Kommunikation und den Abbau von Silodenken erreicht wird.



„Kein Premium ohne Verantwortung. Warum nur nachhaltige Mobilität eine Zukunft hat“

Vortrag von Ilka Horstmeier, Mitglied des Vorstands der BMW AG für Personal und Sozialwesen, Vortrag am 14. September 2021 im Bayerischen Hof

Ilka Horstmeier ist seit November 2019 Mitglied des Vorstands der BMW AG und für die Bereiche Personal und Sozialwesen sowie die Arbeitsdirektion zuständig. Die gebürtige Duisburgerin begann bereits 1995, nach ihrem BWL-Studium an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken, als Trainee bei der BMW Group. Obwohl man ihr damals sagte, dass sie als Frau in der Produktion keine Karriere machen werde, belehrte sie ihre Skeptiker eines Besseren.

Bereits 1997 übernahm Horstmeier die Leitung des Projektbüros für Arbeitsstrukturen und Steuerung Karosseriebau. Von dort wechselte sie 2001 in den Bereich Strategieentwicklung und Produktionskonzepte am Forschungs- und Innovationszentrums. Nach weiteren Leitungsfunktionen in Produktion und Logistik, in den Werken Dingolfing und Regensburg, kehrte sie 2010 nach München zurück und übernahm die Leitung Produktion Motoren. Es folgten Stationen als Leiterin der Konzerninitiative „Zukunftsfähige Beschäftigungsstrukturen“, Leiterin der Produktion und Planung Motoren und E-Antriebe und anschließend von 2018–2019 die Leitung des Werks in Dingolfing.

Christian Geissler verwies darauf, dass Transformation immer eine wichtige Rolle in den vielfältigen Positionen von Ilka Horstmeier gespielt habe und sprach den Punkt der Bipolarität an, dem Horstmeier zufolge eine Schlüsselrolle zukommt. Die Mobilität müsse einerseits

nachhaltiger gestaltet werden, aber andererseits müsse die Profitabilität der Aktionäre sichergestellt werden. Man müsse sowohl Verbrennungsmotoren herstellen, aber vor allem in die Zukunft blicken und den Ausbau der E-Motoren weiter vorantreiben.

Obwohl Horstmeier die einzige Frau im Vorstand von BMW ist, lehnt sie eine Quote ab, da Diversität weiter gedacht werden müsse als Quoten und Gendersternchen. Hier gehe es um Menschen mit verschiedenen Geschlechtern, Kulturen, Religionen, Sprachen und Hautfarben. Dennoch verfolgt sie als Personalverantwortliche das Ziel, den Anteil der Frauen bei BMW von aktuell 17,8 % auf 22 % im Jahr 2025 zu steigern.

Geissler schloss die Vorstellung mit einem Zitat von Horstmeier: „Bei Unternehmensentscheidungen kann man sich nicht nach jedem einzelnen richten, man muss sich aber nach einer Entscheidung um jeden einzelnen kümmern.“

Ilka Horstmeier bedankte sich für die ausführliche und nette Vorstellung und die Einladung. Der Termin hätte nicht besser sein können, drei Tage nach Ende der IAA Mobility in München. Auch BMW habe sich dafür eingesetzt, dass die Messe in München stattfindet, da die Zukunft der Automobilindustrie nicht im Silicon Valley, sondern im „Isar-Valley“ liege. Von der Messe, die 400.000 Besucher anlockte, zog Horstmeier ein sehr po-

sitives Feedback. Vor allem der konstruktive Diskurs im Hinblick auf den Klimawandel wurde hervorgehoben. Horstmeier versteht Mobilität als Menschheitsbedürfnis, das seit 1886 besteht, seit Carl Benz damals den ersten Motorwagen patentierte. Zwar seien die Menschen auch bereit dazu, häufiger auf alternative Verkehrsmittel, wie den ÖPNV oder das Fahrrad, zurückzugreifen, um einen Beitrag zum Schutz des Klimas zu leisten. Dennoch zeigen Studienergebnisse auch, dass in den nächsten Jahren doppelt so viele Menschen ein Auto kaufen oder ihr jetziges mehr nutzen wollen. Vor allem die Corona-Pandemie habe diesen Trend bestärkt, da die Menschen sich im eigenen Auto sicherer fühlen als beispielsweise im ÖPNV.



Ilka Horstmeier

Für Horstmeier ist der Kampf gegen den Klimawandel eines der wichtigsten Themen, um die Freiheit der individuellen Mobilität zu gewährleisten. Studien zufolge werde sich die Erde in den nächsten zehn Jahren so aufheizen, dass 350 Millionen Menschen von tödlicher Hitze bedroht werden. Schon jetzt seien die Ausmaße in Form der Waldbrände in Südeuropa oder den USA deutlich spürbar. Horstmeier macht deutlich, dass es kein „Weiter so“ geben dürfe und stellt drei Thesen vor, mit denen sie unterstreichen will, dass BMW sowohl den Herausforderungen als auch der Verantwortung gewachsen sei.

These 1: Wirksamer Klimaschutz gelingt nur durch Innovationen.

Innovationen spielen für BMW beim Thema Klimaschutz eine Schlüsselrolle, genauso wie sie auch immer schon Treiber bei der Entwicklung der Mobilität waren. Automobilbau sei ein hochkomplexes Geschäft. Allein

BMW produziert jeden Tag 12.000 Autos, wobei jedes aus 18.000 Teilen besteht. Man müsse also Lieferketten nachhaltig strukturieren und auch auf Digitalisierung setzen. BMW spricht von einer Gesamtintegrationsverantwortung, auch beim Thema Klimaschutz. Autos müssen langlebig sein und auch nach 10 Jahren in Kundenhand noch beherrschbar. BMW sieht sich in Sachen E-Mobilität als Vorreiter, da man sich schon frühzeitig, trotz Krise im Jahr 2008/2009, dafür entschieden habe, dieses Feld auszubauen. Ende 2021 wird es laut Horstmeier eine Million elektrische Fahrzeuge auf dem Markt in Kundenhand geben, 2022 soll es bei BMW 13 verschiedene vollelektrische Modelle geben und bis 2030 sollen mindestens 50 Prozent des Absatzes mit reinen BEV gemacht werden.

In der Lieferkette wolle man 20 Prozent CO₂-Emissionen einsparen. Dazu achtet BMW darauf zunehmend mehr Komponenten zu beziehen, die mit grünen Strom produziert werden. Außerdem gebe es bereits eine Vielzahl innovativer Ideen, wie man recycelte Materialien bei Fußmatten oder Sitzbezügen einsetzen könne. Im Jahr 2019 lag der CO₂-Fußabdruck eines Autos in einem Lebenszyklus bei 52 Tonnen. Bis 2030 will BMW diesen Wert auf 33 Tonnen reduzieren.

These 2: Unser Planet braucht Zirkularität

Horstmeier macht deutlich, dass die bloße Reduktion von CO₂ nicht ausreicht, da die Ressourcen auf der Erde immer knapper werden. Im Jahr 1970 war der sogenannte „Earth Overshoot Day“ im Dezember, in diesem Jahr war er bereits im Juni. Aus diesem Grund sei Zirkularität so entscheidend. BMW vertritt hier vier Leitgedanken: Rethink, Reduce, Reuse und Recycle. Gemeint ist damit, dass man sich zunächst nachhaltige Innovationen überlegen müsse, CO₂ reduzieren müsse, Materialien wiederverwende und im letzten Schritt so viele Teile eines Autos wie möglich recycelbar mache. Außerdem sei es wichtig, kritische Rohstoffe wie Kobalt oder Nickel aus den Batterien zu entsorgen.

These 3: Ökonomie, Ökologie und soziale Verantwortung müssen Hand in Hand gehen

Das Thema Nachhaltigkeit geht für Horstmeier über den Punkt der Ökologie hinaus. Es gebe drei Säulen, die

man beachten müsse: Die Ökonomie, die Ökologie und die soziale Verantwortung, die ihrer Meinung nach jedes Unternehmen trägt, egal wie groß oder klein es ist. Vor allem die letzte Säule sei durch die Corona-Pandemie stärker beleuchtet worden und so habe BMW auch in Zeiten, in denen Masken knapp waren, eben solche produzieren lassen und große Teile davon gespendet.

Ilka Horstmeier hat bereits viele Transformationsprozesse mitgestaltet und miterlebt. Deshalb ist es für sie wichtig, deutlich zu machen, dass man hier stets mutig und rechtzeitig entscheiden müsse, um die Mitarbeiter zu informieren und auf neue Situationen einzustellen. Transformationen seien nie leicht für die Beteiligten, weshalb es wichtig sei, Führungskräfte zu schulen, den Mitarbeitern ihre Optionen offen zu legen, Mitarbeiter umzuschulen und den Menschen die Entscheidungen sachlich zu erklären. Bei BMW funktioniere das seit 100 Jahren sehr gut, weshalb sie seit jeher erfolgreich indi-

viduelle und innovative Mobilität gestalten und zugleich ein profitables und nachhaltiges Wachstum haben.

Am Ende fasst sie zusammen, dass man ein stark vernetztes Innovationsökosystem brauche, bei welchem ein Schulterchluss aus Start-Ups, Unternehmen und Universitäten eine Schlüsselrolle zukommt. Sie appelliert an die Politik die Weichen für einen Ausbau der Ladeinfrastruktur und eine Strombedarfserhebung zu stellen. Diese sei nicht nur für die Zukunft der Automobilindustrie wichtig, sondern für alle Industrien.

Ilka Horstmeier ist optimistisch, dass BMW die Herausforderungen der Zukunft meistern wird, da sie seit 100 Jahren auf einem guten Weg sind und mit motivierten Mitarbeitern und einem gut aufgestellten Management voran gehen. Zum Schluss betont sie noch einmal, dass ein erfolgreiches Geschäftsmodell immer auch ein nachhaltiges Geschäftsmodell sein muss.

... wir bauen Ihr Zuhause!



Hier wartet Ihr neues Zuhause in ...

WIR ERFÜLLEN
WOHNTRÄUME –
IN BESTEN LAGEN
UND
NACHHALTIGER
QUALITÄT!



**OBERSENDLING
TREND-WOHNEN IM TOELZER**

**KFW 55
(ENEV 2016)**

**LAIM-WESTEND
STADT-WOHNEN IM Z WEST**

**KFW 55
(ENEV 2016)**

Unverbindliche Abbildungen aus Sicht des Illustrators.

Tel 089/286500
www.baywobau.de

Baywobau® 
... wir bauen Ihr Zuhause!

„Die Krise des Multilateralismus“

Vortrag von Dr. Christoph Heusgen, Honorarprofessor an der Universität St. Gallen, ehem. Außenpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, ehem. Deutscher Botschafter bei den Vereinten Nationen, am 12. Oktober 2021 im Bayerischen Hof

Dr. Christoph Heusgen bedankt sich zunächst beim Peutinger-Collegium für die Einladung und gesteht, dass er zuvor nicht wusste, wer Konrad Peutinger war. Nach einer Recherche seien ihm aber einige Parallelen zwischen ihm und diesem aufgefallen. So seien beide in beratenden Funktionen tätig gewesen. Dr. Heusgen arbeitete zwölf Jahre lang als außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel und auch Peutinger habe damals Maximilian I. beraten. Ein wesentlicher Unterschied sei allerdings die Prunksucht, an der Maximilian I. gelitten haben soll, eine solche sei Angela Merkel hochgradig fremd, so sei sie auch nach 16 Jahren als Regierungschefin der Bundesrepublik Deutschland bodenständig geblieben.

Nach der kurzen Einleitung beginnt Dr. Heusgen mit seinem Vortrag, der sich der Krise des Multilateralismus und den diesbezüglichen Erwartungen an Deutschland richtet. Das Thema sei vor allem im Hinblick darauf wichtig, dass im vergangenen Bundestagswahlkampf weder außenpolitischen- noch EU-spezifischen Themen eine angemessene Bedeutung zugekommen seien. Dr. Heusgen selbst hat vier Jahre in den USA gelebt und dort als Botschafter bei den Vereinten Nationen gearbeitet. In dieser Zeit habe er erlebt, wie China immer selbstbewusster aufgetreten sei und auch Russland sich stets selbstbewusst und zunehmend aggressiv präsentiert habe. Die USA seien zwar Vertreter des UN-Sicherheitsrats, dennoch keine Verfechter, wenn es darum gehe, den Multilateralismus und eine geregelte Ordnung weltweit zu stabilisieren und zu stärken. Daher sei vor allem Deutschland in der Pflicht, den Multilateralismus aufrecht zu erhalten, auch im Hinblick auf die deutsche Vergangenheit. Vergleiche man die Jahre zwischen 1870 und 1945, die durch zwei Weltkriege, die Zerstörung Europas und Millionen Opfer geprägt wurden, mit den vergangenen 75 Jahren nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, stelle man einen sehr großen Unterschied fest. Dr. Heusgen appelliert daran, wertzuschätzen, dass wir in der Mitte Europas leben - und in einer der längsten friedlichen Episoden seit langem.

Die Europäische Union basiere nicht auf der Grundlage des Rechts des Stärkeren, sondern auf der Grundlage der Stärke des Rechts. Sie habe maßgeblich, durch freie Grenzen und keine Handlungsschranken, ebenso wie einer einheitlichen Währung, zum Wohlstand in Deutschland beigetragen. In der EU sei es mittlerweile eine Selbstverständlichkeit, dass Konflikte nicht mit Gewalt gelöst würden, sondern am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg, was eine enorme Stärke darstelle. Natürlich gebe es aber auch hier weiterhin Verbesserungsbedarf, aber man befinde sich auf einem guten Weg.

Im Vergleich zur Europäischen Union sei es den Vereinten Nationen nicht annähernd so gut gelungen, Konflikte friedlich zu lösen. Es gebe zwar durch die UN-Charta ein gemeinsames Bekenntnis zum Schutz der Menschenrechte, das alternativlos sei und als weltweit gültiges Regelwerk für ein friedliches Zusammenleben, anerkannt werden müsse, dennoch sei man global noch weit davon entfernt in eine friedliche Richtung zu gehen.

In den zwei Jahren, in denen Deutschland im UN-Sicherheitsrat war, habe man erlebt, dass es durch Russland, China und die USA schwere Angriffe auf die Weltordnung gegeben habe. Eine der größten außenpolitischen Herausforderungen in der Ära Merkel sei die Annexion der Krim und der damit verbundene Konflikt zwischen der Ukraine und Russland gewesen. Hier sei es immer noch nicht gelungen, diese Aggressionen rückgängig zu machen und es gebe immer noch Verletzungen des internationalen Rechts.

Aber Russland sei in vielen weiteren Bereichen aggressiv, erklärt Dr. Heusgen anhand verschiedener Beispiele.

Aber Russland sei in vielen weiteren Bereichen aggressiv, erklärt Dr. Heusgen anhand verschiedener Beispiele.

le. Als eines davon nennt er die russische Unterstützung des Assad-Regimes in Syrien, bei dem Russland maßgeblich daran beteiligt sei, mit Chemiewaffen gegen die syrische Bevölkerung vorzugehen. Dr. Heusgen übt im Weiteren nicht nur Kritik an der Außenpolitik Russlands, sondern auch an der innenpolitischen Situation. Es gebe keine Freiheit der Medien, des Internets und keine existente Opposition. Für ihn sei die Verleihung des Friedensnobelpreises an den russischen Journalisten Dmitri Andrejewitsch Muratow deshalb ein wichtiges Zeichen dafür, Menschen weiterhin zu ermutigen, Kritik am russischen System zu üben.



Auch China schiebe sich immer weiter aggressiv in den Vordergrund und gewinne zunehmend an Selbstbewusstsein. So verstoße das Land im südchinesischen Meer beispielsweise bewusst gegen internationales Seerecht und auch hier gebe es keine Opposition. Außerdem verurteilt Dr. Heusgen die Verfolgung und die Verletzung der Menschenrechte von stark leidenden Minderheiten, wie etwa Muslimen, die in Umerziehungs- und Arbeitslager gebracht werden.

Auch auf Seiten der USA sei es unter der Regierung von Präsident Trump zu Verstößen gegen das internationale Recht und den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen, dem Ausstieg aus der UNESCO und der WHO gekommen. Deutschland genieße, nicht zuletzt durch Angela Merkel, einen guten Ruf in den Verein-

ten Nationen. Angela Merkel habe stets Zuverlässigkeit, Stabilität und Vertrauen vermittelt, weshalb auch die Erwartungen an die neue Bundesregierung sehr hoch seien. Bei den aktuellen Entwicklungen in China und Russland sei es hierzu wichtiger denn je, starke Partner an seiner Seite zu haben, womit Dr. Heusgen den Bogen zur Europäischen Union zurückspannt.

Zwar sei die EU nicht im allerbesten Zustand, dennoch sei die Zusammenarbeit alternativlos und es nütze nichts, wenn diese auseinanderfielen. Im Gegenteil: Die EU müsse vor allem in der Verteidigungspolitik handlungsfähiger werden. Dr. Heusgen appelliert daran, dass man sich nicht ausschließlich auf die Hilfe der USA verlassen könne, was man zuletzt in Afghanistan beobachten konnte. Ohne das US-Militär war die EU hier nicht in der Lage den Flughafen von Kabul zu sichern und europäische Bürgerinnen und Bürger sicher auszufliegen. Aus diesem Grund fordert Dr. Heusgen eine gemeinsame europäische Streitkraft, um leistungsfähiger sein zu können. Den USA spricht er die Rolle, die sie nach dem zweiten Weltkrieg hatten, ab. Es gebe große Probleme im Land, sei es die Infrastruktur oder das Bildungs- oder Gesundheitssystem. Aus Dr. Heusgens Sicht werde die USA zwar weiterhin ein wichtiger Partner bleiben, dennoch nicht mehr mit der Strahlkraft von früher.

Zum Abschluss gibt Dr. Heusgen noch Ausblick darauf, wie gemeinsamen Beziehungen mit Russland und China umgegangen werden sollte. Aus seiner Sicht ist es nicht sinnvoll, die Wirtschaftskreisläufe zu trennen, da hier zu viele Abhängigkeiten bestünden. Dennoch müsse man dort, wo internationales Recht verletzt werde, mit starken Partnern, wie der EU oder den G7-Staaten, dagegen halten. Er appelliert an die Wichtigkeit der weltweiten Zusammenarbeit, dem Multilateralismus, mit dem obersten Ziel, den Schutz der Menschenrechte vollumfänglich zu gewährleisten.



„Staatsverschuldung: Gefahr oder Chance“

Vortrag von Philippa Sigl-Glöckner, Direktorin des Dezernat Zukunft e.V., Ökonomin und Mitglied im Wirtschaftspolitischen Beirat der SPD, am 18. November 2021 im Westin Grand

Der Präsident des Peutinger-Collegium e.V. Dr. Andreas Bachmeier eröffnet die Veranstaltung und begrüßt Peutinger-Mitglieder und Gäste. Er heißt die Referentin des Abends, Philippa Sigl-Glöckner, Direktorin des Dezernat Zukunft e.V., Ökonomin und Mitglied im Wirtschaftspolitischen Beirat der SPD, herzlich willkommen. Die jüngsten Ereignisse nach der Bundestagswahl hätten der SPD eine neue Rolle im politischen Berlin zukommen lassen und somit der heutigen Veranstaltung besondere Aktualität verliehen. Die Einladung an Philippa Sigl-Glöckner sei jedoch bereits im Sommer erfolgt, also zu einem Zeitpunkt, an dem diese neue Rolle der SPD noch eine Mutmaßung war. Deshalb könne sich die Referentin dem großen Interesse an ihrer Person und ihren Thesen sicher sein, betonte Dr. Bachmeier launig. Er übergab das Wort an Dr. Pia Bürvenich, Mitglied der Jungen Peutinger, zur Einführung der Referentin Philippa Sigl-Glöckner.

Dr. Pia Bürvenich begann die Einführung der Referentin mit einer persönlichen Veranschaulichung des Themas. So habe eine Bekannte jüngst einen Kredit aufgenommen, um ein Studium im Ausland aufzunehmen. Bei der Bewertung dieser Kreditaufnahme handle es sich um das private Äquivalent der Fragestellung des heutigen Abends: „Staatsverschuldung: Gefahr oder Chance“. Philippa Sigl-Glöckner habe nicht nur in der Finanzpolitik eine profilierte Meinung, sondern beispielsweise auch in der Einwanderungspolitik. In beiden Feldern sei ihre Leitlinie die Suche nach nachhaltigen und menschlichen Alternativen. Das übergeordnete Element sei die Diskussion über Staatsverschuldung. Deshalb ist eines ihrer zentralen Anliegen, dass jeder über Finanzpolitik sprechen solle. Dr. Pia Bürvenich geht im Anschluss näher auf die Vita von Philippa Sigl-Glöckner ein. Ihr Lebenslauf sei geprägt von drei Schritten, die das Herz eines jeden Personalverantwortlichen höherschlagen lassen würden. Schritt eins: Ein Studium in Oxford. Hier widmete sich Philippa Sigl Glöckner der Volkswirtschaft, aber auch der Philosophie. Schritt

zwei: Internationale Erfahrung. Philippa Sigl-Glöckner arbeitete bei der Weltbank und kümmerte sich um das Thema Entwicklungshilfe. Danach folgte das Angebot für eine Tätigkeit im liberianischen Finanzministerium. Schritt drei: Unternehmensgründung. Parallel zu ihrer Tätigkeit im Bundesfinanzministerium, unter anderem als Büroleiterin eines Staatssekretärs, gründete sie ihr eigenes Unternehmen, die Denkwerkstatt "Dezernat Zukunft". Dr. Pia Bürvenich fasst zusammen: ein Lebenslauf, der verschiedene Sichtweisen auf Finanzpolitik vereint, eine Vision für eine nachhaltige Wirtschaftsordnung und ein eigenes Startup, das diesem Ziel inhaltliche Tiefe und Substanz gebe. Das biete die perfekte Grundlage für den heutigen Vortrag. Dr. Pia Bürvenich bittet Philippa Sigl-Glöckner auf die Bühne.



Philippa Sigl-Glöckner

Philippa Sigl-Glöckner bedankt sich für eine „fast überwältigende“ Einführung. Sie gibt einen Überblick über die Struktur des heutigen Vortrags: Erstens, Schulden als Gefahr. Zweitens, Schulden als Chance. Drittens, Implikationen für die Finanzpolitik. Philippa Sigl-Glöckner beginnt ihren Vortrag mit dem zentralen Vorbehalt bezüglich einer Reform der Schuldenbremse: Die Angst vor Schulden. Sie speise sich aus der Frage: Ist eine Rückzahlung möglich? Jedoch seien Schulden differenziert zu betrachten. Es mache einen großen Unterschied, ob sich Staaten in Fremd- oder in Eigenwährung verschulden. Denn: Zahlungsunfähigkeit auf Basis von Schulden in Eigenwährung sei nicht möglich. Als Bei-

spiele führt die Referentin die Staatshaushalte Liberias und der Vereinigten Staaten auf. Beide seien hoch verschuldet, allerdings nur die USA in heimischer Währung. Die Bewertung der Haushalte falle entsprechend unterschiedlich aus. Philippa Sigl-Glückner führt weiter aus, dass Staatsschulden aufgrund ihrer Eigenschaften in Bezug auf Ausfallrisiko Geld sehr viel ähnlicher seien als Privatschulden. Diese Feststellung führt die Referentin zur Fragestellung: Warum müssen Schulden auf Basis dieser Beobachtungen begrenzt werden? Um die Frage zu beantworten geht sie auf einen zweiten großen Vorbehalt ein, der in diesem Zusammenhang genannt wird: Hohe Staatsschulden würden zu einer hohen Zinslast für den Staatshaushalt führen. Auch an dieser These zweifelt Philippa Sigl-Glückner. Die Staatsschuldenquote würde nichts darüber aussagen, was Schulden tatsächlich kosten. Entscheidend sei die historisch niedrige Zins-Steuer-Quote. Während Anleger in der Vergangenheit dafür bezahlt wurden, in Staatsanleihen zu investieren, müssten Investoren über negative Renditen heute sogar Mehrkosten tragen, um in Bundesanleihen zu investieren. Mit jeder weiteren Anleihe könnten also die Zinskosten für den deutschen Staat gesenkt werden. Philippa Sigl-Glückner geht näher auf die regulatorischen Grundlagen der europäischen Finanzpolitik ein. Zentral seien die zwei Maastricht-Kriterien aus dem gleichnamigen Vertrag, der 1991 eine neue Phase der Europäischen Integration einläutete. Kriterium Eins: eine Schuldenquote von 60 Prozent. Kriterium Zwei: ein jährliches öffentliches Defizit von maximal drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Referentin führt aus, dass beide Kennzahlen einem historischen Kontext entstammen, der nicht auf die Finanzpolitik der heutigen Zeit übertragbar sei.

In dem nächsten Teil des Vortrags führt die Referentin aus, welche Chancen auf Basis der vorausgehenden Überlegungen von Staatsschulden ausgehen würden. Philippa Sigl-Glückner beschreibt, warum die Schuldenquote aus ihrer Sicht irrelevant für die Bewertung eines Staatshaushaltes sei. Sie beschreibt zwei Größen, die die Staatsfinanzen deutlich stärker bestimmen. Zum einen der demographische Wandel. Er führe zu einer hohen demographischen Abhängigkeitsquote. Sie äußere sich in einer starken Belastung der Staatsfinanzen durch

Rentenzuschüsse. Hier habe die Politik wenig Handlungsspielraum. Anders verhalte es sich jedoch bei der ökonomischen Abhängigkeitsquote. Sie beschreibe das Verhältnis der Menschen, die von Transferleistungen abhängig sind im Verhältnis zu allen Menschen im erwerbsfähigen Alter. Dies sei die entscheidende Kennzahl für die Politik, denn hier bestehe Einflussmöglichkeit. Die Referentin nennt drei Stellschrauben, um die ökonomische Abhängigkeitsquote zu optimieren. Erstens, eine Reduzierung der Anzahl der geringfügig Beschäftigten. Zweitens, eine Reduzierung des hohen Anteils von Teilzeit-Arbeitsmodellen. Drittens, eine Reduzierung des Niedriglohnssektors in Deutschland. Hier habe die Finanzpolitik entscheidende Einflussmöglichkeiten auf den Arbeitsmarkt: Erweiterung der Weiterbildungsmöglichkeiten zur Wiedereingliederung Arbeitsloser, Erweiterung der Kita-Betreuung zur Teilzeit-Reduzierung, Erhöhung der Löhne für Angestellte im öffentlichen Dienst zur indirekten Beeinflussung der Löhne aus der Privatwirtschaft.

Im letzten Teil ihres Vortrags fasst die Referentin die daraus abgeleiteten Implikationen für die Finanzpolitik zusammen. Die Schuldenbremse begrenze die rechnerische Nettokreditaufnahme, bestehend aus zwei Komponenten: Erstens, über ein strukturelles Defizit von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Zweitens, durch eine Konjunkturkomponente. Letztere ermöglicht eine Ankurbelung der Konjunktur durch Schuldenaufnahme. Doch die dafür zugrunde liegende Berechnung einer möglichen Unterauslastung der Wirtschaft basiere auf zahlreichen falschen oder wissenschaftlich fragwürdigen Annahmen. Die Folge sei eine Unterschätzung der deutschen Wirtschaft bei einer gleichzeitig älter werdenden Gesellschaft. Damit schade die derzeitige Finanzpolitik der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen. Außerdem, so Philippa Sigl-Glückner, sei das zentrale Problem der Politik nicht übermäßiges Geldausgeben. So habe von 2011 bis 2019 die Politik nie ansatzweise die maximal zulässige Nettokreditaufnahme ausgeschöpft.

Am Ende ihres Vortrags kommt die Referentin zu vier zentralen Schlussfolgerungen. Erstens, die Schuldenbremse in ihrer heutigen Ausgestaltung sei einer nach-

haltigen Finanzpolitik nicht zuträglich. Zweitens, die Politik müsse weg von der Kurzfristigkeit des jährlichen Defizits hin zu einer langfristigen Tragfähigkeit. Drittens, mehr Analyse und weniger nicht belegbare Glaubenssätze bei der Gestaltung der Finanzpolitik. Viertens, weniger Machtkonzentration bei der Exekutive, verbesserte Kontrolle und externe Evaluierung der Finanzpolitik. Allerdings nennt die Referentin auch drei Einschränkungen in Bezug auf eine Neubewertung der Finanzpolitik. Erstens, es lasse sich daraus keine

grundsätzliche Präferenz des Staates über den Markt beziehungsweise öffentlicher Investitionen über private, ableiten. Zweitens, auf Basis der vorausgehenden Überlegungen lasse sich keine geringere Achtsamkeit bei Ausgaben rechtfertigen. Schließlich binde jede Ausgabe Ressourcen, die sinnvoll eingesetzt werden müssen. Drittens, Schulden seien nicht per se immer gut. Wichtig sei hingegen, den jeweiligen Kontext der Finanzpolitik nach den genannten Grundsätzen zu bewerten und immer wieder zu überprüfen.



Auf diese Gäste freuen wir uns im kommenden Jahr ...

24



Dr. Katja Wildermuth

Journalistin, Intendantin des Bayerischen Rundfunks

Mittwoch, 26. Januar 2022, Bayerischer Hof



Admiral Dipl.-Ing. Joachim Rühle

Chief of Staff des Supreme Headquarters Allied Powers Europe

Mittwoch, 16. Februar 2022, Westin Grand



Prof. Dr. Thomas Hofmann

Präsident der TU München

Dienstag, 15. März 2022, Westin Grand



Bastian Nominacher

Co-founder und Co-CEO Celonis

Dienstag, 10. Mai 2022, Donner & Reuschel



Andreas Englisch

Journalist und Bestsellerautor
Spezialisiert auf die Berichterstattung
aus dem Vatikan

Juli 2022



50 Jahre Olympische Spiele in München Mit Klaus Wolfermann (Speerwurf Olympiasieger 1972) und Wilfried Spronk (Früherer Geschäfts- führer der Olympiapark GmbH)

Dienstag, 20. September 2022, Architekturmuseum der
TU München



Kardinal Reinhard Marx

Erzbischof von München und Freising
Bis 2020 Vorsitzender der Deutschen Bischofs-
konferenz

November 2022, Westin Grand

Impressum

Redaktion

Dr. Andreas Bachmeier (v.i.S.d.P.)
Engel & Zimmermann GmbH
Schloss Fußberg
Am Schloßpark 15
82131 Gauting bei München
info@engel-zimmermann.de

Herausgeber

Peutinger-Collegium e. V.
Geschäftsstelle c/o MERKUR PRIVATBANK KGaA
Bayerstraße 33
80335 München
info@peutinger-collegium.de
www.peutinger-collegium.de

Bildnachweis

Titel: © Maria Fritsche
Die Fotos wurden von den abgebildeten Personen zur Verfügung gestellt.
Sofern nicht anders angegeben, liegt das Copyright bei den einzelnen Personen.

München, Dezember 2021

Projektbau
Projektentwicklung
Generalunternehmer
Immobilien

Büro Straubing
Innere Passauer Str. 4 / Kolbstr. 2 94315 Straubing
09421-27 54 & 09421-89 436 info@gerl-immobilien.de
Büro München Schöfeldstraße 12 80539 München



Frohes Neues!

Ihr Ansprechpartner
Dr. Mathias Schröder
Conventor

Heuking Kühn Lüer Wojtek
Prinzregentenstraße 48
80538 München
T +49 89 540 31-213
F +49 89 540 31-513
m.schroeder@heuking.de

Wir wünschen allen Mitgliedern des Peutinger Collegiums eine besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute für ein buntes, dynamisches und erfolgreiches Jahr 2022.

Heuking Kühn Lüer Wojtek ist mit etwa 400 fachlich spezialisierten Rechtsanwälten, Steuerberatern und Notaren an acht Standorten in Deutschland und einem Büro in Zürich vertreten. Zu den nationalen und internationalen Mandanten zählen mittelständische und große Unternehmen ebenso wie Verbände, öffentliche Körperschaften und anspruchsvolle Privatklienten.

www.heuking.de

Berlin

Chemnitz

Düsseldorf

Frankfurt

Hamburg

Köln

München

Stuttgart

Zürich

RECHTSANWÄLTE UND STEUERBERATER

Peutinger-Collegium e. V.

Geschäftsstelle

c/o MERKUR PRIVATBANK KGaA

Bayerstraße 33, 80335 München

info@peutinger-collegium.de

www.peutinger-collegium.de